

Mario Holzner, Vasily Astrov (wiiw)

Mittel-, Ost- und Südosteuropa von der EU-Krise voll erfasst

2012 entwickelte sich die Wirtschaft in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas insgesamt enttäuschend. Aufgrund der Stagnation der Exporte und der gedämpften Binnennachfrage gerieten acht Länder der Region in die Rezession (Tschechien, Ungarn, Slowenien und die meisten Westbalkanländer). In den anderen Ländern wuchs das BIP zwar, aber allgemein nur schwach. Auch in Ländern, deren Wirtschaft bisher von der Krise im Euro-Raum nicht betroffen gewesen war (z. B. Russland, Polen, Ukraine, Türkei), verlangsamte sich die Wachstumsdynamik in den letzten Monaten immer mehr.

Der vorliegende Bericht wurde vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt. • Begutachtung: Peter Havlik (wiiw) • Wissenschaftliche Assistenz: Hana Rusková, Galina Vasaros (wiiw) • E-Mail-Adressen: holzner@wiiw.ac.at, astrov@wiiw.ac.at

2012 entwickelte sich die Wirtschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOEL) insgesamt ungünstig; die Befürchtungen einer Übertragung der "Double-Dip-Rezession" aus dem Euro-Raum auf die MOSOEL-Region bestätigten sich (Übersicht 1). Diese Entwicklung steht in scharfem Gegensatz zu jener in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas und unterstreicht die Abhängigkeit großer Teile der MOSOEL-Region von der Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum. Einerseits resultiert diese Abhängigkeit aus den engen Handelsverflechtungen vieler MOSOEL mit dem Euro-Raum sowie aus der Dominanz der westeuropäischen Kreditinstitute in großen Teilen der MOSOEL-Region. Die Banken schränken ihre Kreditvergabe in den MOSOEL allgemein ein, nicht zuletzt um den Anforderungen einer höheren Eigenkapitalquote (Basel III) gerecht zu werden. Die Abhängigkeit von dem Euro-Raum spiegelt sich aber auch in der Wirtschaftspolitik, vor allem in der Fiskalpolitik. So zwingt z. B. der jüngst verabschiedete neue Fiskalpakt der EU viele MOSOEL zu Sparmaßnahmen, die die heimische Nachfrage erheblich beeinträchtigen.

Aufgrund der Stagnation der Exporte und der Dämpfung der Binnennachfrage gerieten acht MOSOEL 2012 in die Rezession (Tschechien, Ungarn, Slowenien und die meisten Westbalkanländer mit Ausnahmen Albanien und des Kosovo). In den anderen Ländern der Region wuchs das BIP zwar weiter, aber allgemein schwach (mit Ausnahme von Kasachstan und Lettland). Auch in Ländern, deren Wirtschaft bisher durch die Krise im Euro-Raum nicht beeinträchtigt gewesen war, wie Russland, Polen, die Ukraine und die Türkei, ließ die Dynamik in den letzten Monaten immer mehr nach. In Russland ist die jüngste Wachstumsverlangsamung in erster Linie auf die Stagnation der Energiepreise und die Investitionshindernisse zurückzuführen, während in der Ukraine der merkliche Rückgang der Stahlpreise im 2. Halbjahr 2012 eine Rezession nach sich zog. Dagegen ist die Wachstumsverlangsamung in Polen vor allem heimischen Faktoren zuzuschreiben, in erster Linie dem Einbruch der Investitionsnachfrage. In der Türkei war sie das Ergebnis der gezielten Bestrebungen der Zentralbank, durch Einschränkung der Kreditvergabe der Überhitzung der Konjunktur zu begegnen.

"Double-Dip-Rezession" in großen Teilen der MOSOEL-Region

Aufgrund der Exportschwäche und der gedämpften Binnennachfrage gerieten fast die Hälfte der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder 2012 in die Rezession.

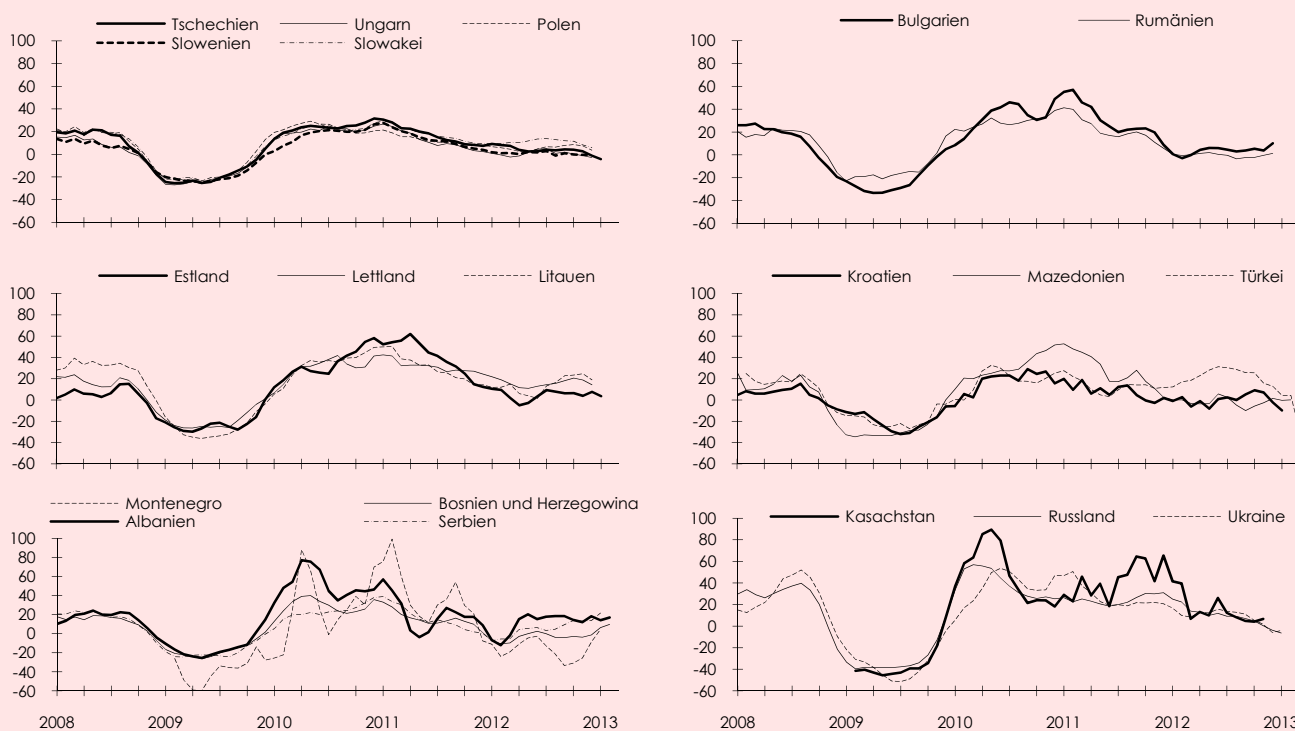
Übersicht 1: Prognose für 2013 bis 2015

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise ¹⁾					Arbeitslosenquote ²⁾				
	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %										In %				
10 neue EU-Länder	+ 3,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	9,6	9,8	10,0	9,8	9,4
Bulgarien	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,4	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	11,2	12,3	11,5	11,0	10,5
Tschechien	+ 1,9	- 1,3	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	6,7	7,0	7,4	7,3	7,0
Estland	+ 8,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,8	+ 5,1	+ 4,2	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,5	12,5	10,2	9,5	9,0	8,0
Lettland	+ 5,5	+ 5,6	+ 3,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,5	15,4	14,9	13,5	12,5	11,5
Litauen	+ 5,9	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,6	15,4	13,2	12,0	11,0	10,0
Ungarn	+ 1,6	- 1,7	± 0,0	+ 1,2	+ 2,5	+ 3,9	+ 5,7	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	10,9	10,9	10,9	10,8	10,6
Polen	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,7	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0	9,7	10,3	11,0	10,8	10,5
Rumänien	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,8	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,5	+ 3,5	7,4	7,1	7,0	7,0	6,5
Slowenien	+ 0,6	- 2,3	- 2,0	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	8,2	8,9	9,5	9,5	9,0
Slowakei	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,0	13,5	14,0	14,5	14,0	13,0
Euro-Raum	+ 1,4	- 0,6	- 0,4	+ 1,2	.	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,5	.	10,2	11,4	12,2	12,1	.
EU 27	+ 1,6	- 0,3	- 0,1	+ 1,4	.	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,7	.	9,7	10,5	11,1	11,1	.
EU-Beitrittskandidatenländer															
Montenegro	+ 3,2	- 1,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	19,7	20,0	20,0	19,0	19,0
Kroatien	- 0,0	- 2,0	- 0,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	13,5	15,7	16,5	16,0	15,5
Mazedonien	+ 2,8	- 0,3	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	31,4	31,0	31,0	31,0	30,0
Türkei	+ 8,8	+ 2,2	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,0	+ 6,5	+ 9,0	+ 7,8	+ 6,0	+ 5,0	8,8	8,2	8,0	7,8	7,5
Potenitielle EU-Beitrittskandidatenländer															
Bosnien und Herzegowina	+ 1,0	- 0,7	+ 0,8	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	27,6	28,0	28,0	28,0	27,0
Kosovo	+ 4,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 7,3	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,0	45,0	44,0	43,0	41,0	39,0
Albanien	+ 3,1	+ 1,0	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 2,0	14,3	14,0	14,0	13,0	13,0
Serbien	+ 1,6	- 1,7	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0	+ 11,0	+ 7,8	+ 6,0	+ 5,0	+ 5,0	23,0	24,0	23,0	23,0	23,0
Kasachstan	+ 7,5	+ 5,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 6,5	+ 8,3	+ 5,2	+ 7,0	+ 6,0	+ 6,0	5,4	5,3	5,0	5,0	5,0
Russland	+ 4,3	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 8,5	+ 5,1	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0	6,6	5,7	6,0	6,0	6,0
Ukraine	+ 5,2	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 8,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 4,5	+ 4,0	7,9	7,5	7,5	7,5	7,5

Q: Nationale Statistiken, Eurostat; Euro-Raum, EU 27: Europäische Kommission, "Spring Report", April 2013. 2012: vorläufige Zahlen, 2013/2015: Prognose des wiw. - ¹⁾ Jahresdurchschnitt. - ²⁾ Gemäß Labour-Force-Survey-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt.

Abbildung 1: Güterexporte

Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen das Vorjahr in % (nominell, auf Euro-Basis)



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat.

Die Wachstumsdynamik sowohl der Exporte (Abbildung 1) als auch der Industrieproduktion (Abbildung 2) verlangsamte sich 2012 und Anfang 2013 deutlich. Die Industrie der meisten MOSOEL orientiert sich in ihrer Exporttätigkeit stark auf die EU 15 und leidet besonders unter der Konjunkturlaute im Euro-Raum. Das gilt vor allem für die Westbalkanländer, aber teilweise auch für Bulgarien und Rumänien; Ein relativ großer Teil ihrer Exporte geht nach Italien und in die anderen Länder der südlichen "Peripherie" des Euro-Raumes, die sich in einer teils tiefen (Griechenland) Rezession befinden. Mehrere Balkanländer verzeichneten 2012 sogar einen nominellen Exportrückgang. Albanien steigerte dagegen seine Rohölexporte und etabliert sich zunehmend als wichtiger Energielieferant.

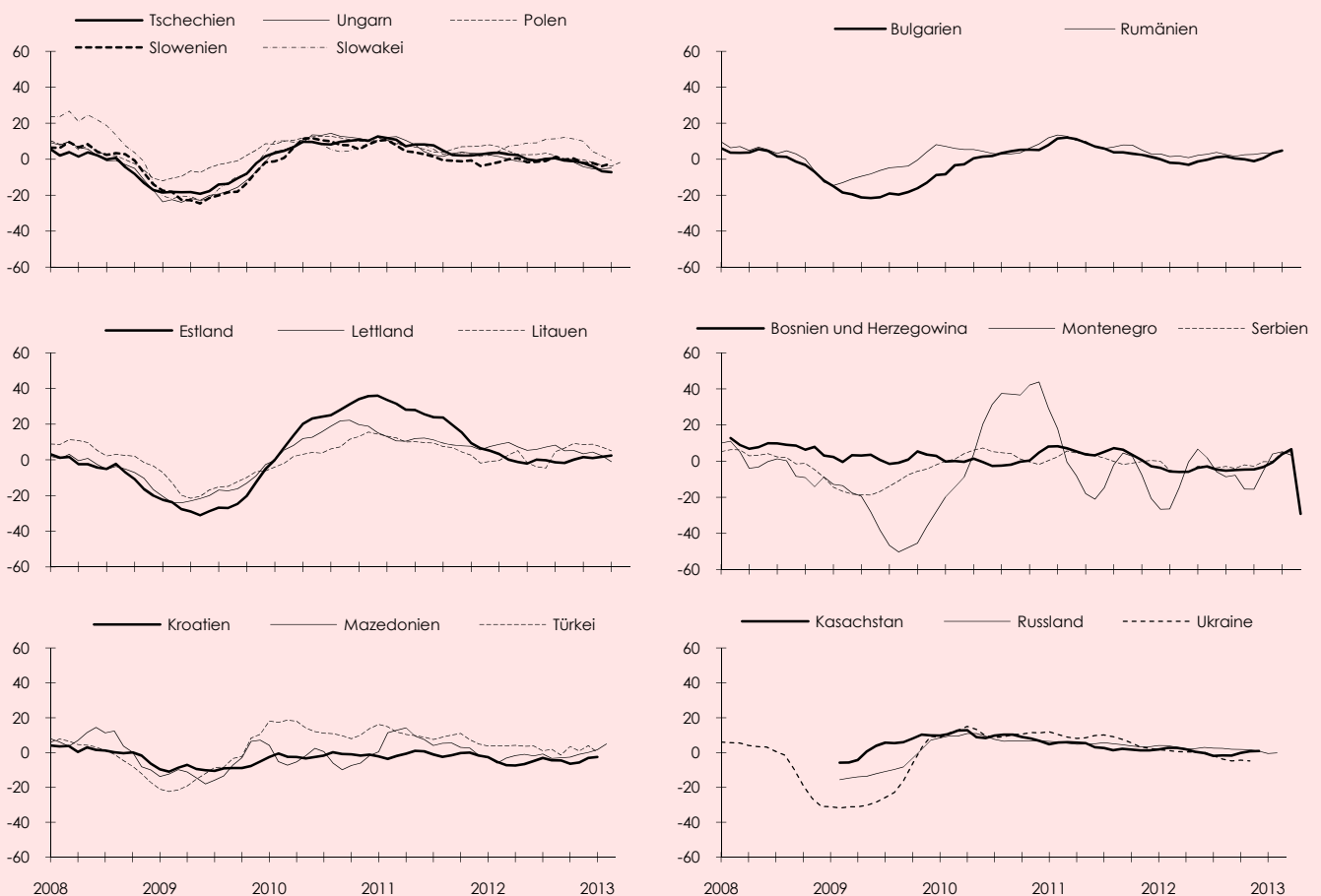
Die baltischen Länder und die GUS sowie die Türkei, deren Exporte sich weniger stark auf den Euro-Raum konzentrieren, schnitten bislang generell besser ab. Die deutliche Wachstumsverlangsamung in Russland dürfte jedoch die Exportdynamik der baltischen Länder und der Ukraine beeinträchtigen. Die Energieexporte Russlands in die EU werden mittelfristig der zunehmenden Konkurrenz von Schiefer- und Flüssiggas bei weltweit sinkenden Energiepreisen ausgesetzt sein.

Exporte und Industrieproduktion stagnieren nahezu

Die Exporte der Balkanländer, die großteils in die krisengeschüttelten Länder der südlichen "Peripherie" des Euro-Raumes gehen, werden durch den Nachfrageausfall am meisten beeinträchtigt; dagegen entwickelt sich die Exportwirtschaft der baltischen Länder und der östlichen Nachbarländer der EU günstig.

Abbildung 2: Industrieproduktion

NACE Rev. 2, Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat. Russland, Ukraine: NACE Rev. 1.

Der Inlandsnachfrage fehlen derzeit in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas Wachstumsimpulse. Weder der private Sektor noch die öffentliche Hand steuert der Krise gegen – ausgehend vom Bankensektor, der sich großteils im Eigentum westeuropäischer Finanzinstitute befindet, drücken vielmehr der Schuldenabbau und die Einschränkung der Kreditvergabe die heimische Nachfrage. Das Engagement der westeuropäischen Banken in der Region ging teilweise beträchtlich zurück, wenn auch schwächer als in den südlichen EU-Ländern. So verzeichnen die

Schuldenabbau drückt Inlandsnachfrage

Die Bemühungen des westeuropäisch dominierten Bankensektors um Verbesserung der Eigenkapitalausstattung dämpfen die Inlandsnachfrage in den MOSOEL erheblich.

baltischen Länder, Slowenien, Montenegro oder die Ukraine einen Rückgang der Forderungen westeuropäischer Banken um 30% bis 45% gegenüber dem Niveau vor der Wirtschaftskrise. In den meisten anderen MOSOEL liegt dieser Wert zwischen 10% und 25%. In den GUS-Ländern, deren Bankensektor überwiegend in inländischem Besitz ist (Kasachstan, Russland), steigt dagegen die Kreditvergabe weiterhin rasch und bleibt eine wichtige Stütze der heimischen Nachfrage.

Übersicht 2: BIP und Preisniveau 2012 im internationalen Vergleich

Stand Mai 2013

	Zu laufenden Wechselkursen Mrd. €	Bruttoinlandsprodukt		Real 1990 = 100 ¹⁾	Real 2000 = 100	Preisniveau Relativ zur EU 27 Kaufkraftparität in % des Wechselkurses
		Zu Kaufkraftparitäten	Pro Kopf, EU 27 = 100			
10 neue EU-Länder	981,7	1.610,5	64	167,8	149,9	61
Bulgarien	39,7	87,1	46	130,8	153,1	46
Tschechien	152,3	212,6	79	146,5	140,4	72
Estland	17,0	23,5	71	152,8	159,0	72
Lettland	22,3	32,5	62	112,2	158,8	69
Litauen	32,9	53,3	70	122,5	168,3	62
Ungarn	97,8	162,3	64	124,5	121,4	60
Polen	381,2	639,7	65	200,3	156,0	60
Rumänien	131,7	256,4	53	136,0	154,4	51
Slowenien	35,5	41,8	79	153,9	128,2	85
Slowakei	71,5	101,3	73	171,7	168,1	71
EU-Beitrittskandidatenländer						
Montenegro	3,3	6,6	41	.	145,8	50
Kroatien	43,9	64,0	59	106,8	124,7	69
Mazedonien	7,5	18,1	34	120,4	132,2	42
Türkei	612,4	984,9	52	236,2	162,6	62
Potentielle EU-Beitrittskandidatenländer						
Bosnien und Herzegowina	13,3	25,4	26	.	143,1	52
Albanien	9,6	22,4	31	205,6	178,3	43
Serbien	30,0	62,2	34	.	143,2	48
Kasachstan	157,7	184,4	43	173,5	249,9	85
Russland	1.567,3	1.999,1	55	116,2	172,8	78
Ukraine	137,2	268,5	23	69,3	160,4	51
EU 27						
Deutschland	2.643,9	2.556,2	122	138,8	114,4	103
Griechenland	193,7	215,2	75	132,9	106,4	90
Spanien	1.049,5	1.151,2	97	163,5	121,4	91
Österreich	309,9	281,7	130	157,2	120,6	110
Portugal	165,4	205,7	76	138,1	102,1	80
USA	12.208,0	12.129,3	151	169,6	121,3	101
Japan	4.643,1	3.537,1	108	124,5	109,7	131

Q: Nationale Statistiken, Eurostat. – ¹⁾ Polen: 1989 = 100.

Unternehmen senken Investitionen und Löhne

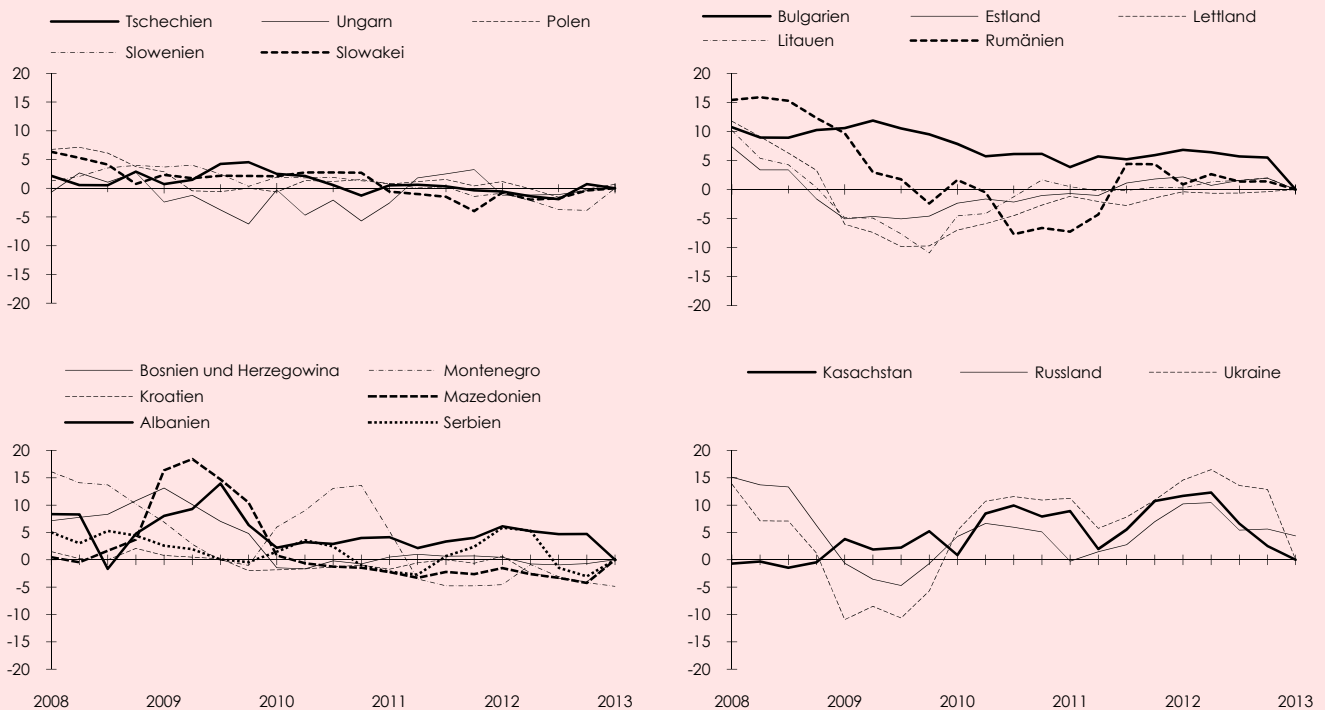
Der Unternehmenssektor der MOSOEL ist heute nicht mehr Nettokreditnehmer.

Ein zunehmendes Horten von Liquidität im Bankensektor, Kapitalabflüsse in die EU 15 und die Einschränkung der Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte haben direkte Auswirkungen auf die Inlandsnachfrage. So wurden die Unternehmen der MOSOEL im Zuge der Krise von Nettokreditnehmern zu Nettokreditgebern. Dies spiegelt sich in einem massiven Einbruch der Bruttoanlageninvestitionen sowie in einer starken Verringerung des Lohnanteils an der Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors. Damit geht ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote einher, in den meisten Fällen auch ein Rückgang oder eine Stagnation der realen Bruttolöhne (Abbildung 3). In Tschechien, Polen und Ungarn wurde die Reallohndynamik auch durch die Anhebung von Mehrwertsteuersatz und administrativen Preisen im Zuge der Budgetkonsolidierung gedrückt. Unter den MOSOEL senkte lediglich Lettland

2012 die Mehrwertsteuer, um angesichts des für Anfang 2014 geplanten Eintrittes in die Währungsunion die Inflationsrate in Richtung des Maastricht-Kriteriums zu senken.

Abbildung 3: Reale Bruttolöhne

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat.

In einer Gegenüberstellung der Veränderung des staatlichen Finanzierungssaldos mit dem realen Wirtschaftswachstum 2011/12 sind vier Ländergruppen zu unterscheiden (Übersicht 3): Die Fiskalpolitik der überwiegenden Mehrzahl der MOSOEL war passiv, sodass entweder bei einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums das Defizit sank oder bei einer Wachstumsverlangsamung das Defizit ausgeweitet wurde. In Slowenien, Kroatien und Montenegro wurde hingegen das Defizit trotz des BIP-Rückganges verringert, was auf eine außerordentlich restriktive Fiskalpolitik hindeutet. Eine Ausweitung des Defizits (bzw. eine Verringerung des Überschusses im Falle Russlands) bei steigendem BIP war in den GUS-Ländern und in der Türkei zu beobachten.

Die überwiegende Mehrheit der neuen EU-Länder sowie der EU-Beitrittskandidatenländer am Westbalkan verfolgt eine Strategie der fiskalischen Passivität oder gar Austerität. Dies ist zum einen auf die EU-Richtlinien (den neuen EU-Fiskalpakt, der für das strukturelle Budgetdefizit eine Obergrenze von 0,5% des BIP vorsieht) und zum anderen auf die hohen (Re-)Finanzierungskosten für Staatsanleihen zurückzuführen, obwohl letztere aufgrund des weltweiten Liquiditätsüberschusses auf den Finanzmärkten jüngst deutlich zurückgegangen sind. Mehrere neue EU-Länder (in erster Linie Ungarn, aber auch die Slowakei und Rumänien) sind außerdem bestrebt, ihr Budgetdefizit unter 3% des BIP zu drücken, um ein "Verfahren bei einem übermäßigen Defizit" der EU zu vermeiden, das potentiell mit Sanktionen verbunden ist.

Die Sinnhaftigkeit dieser Sparpolitik variiert jedoch zwischen den Ländern sehr. In Ungarn und Serbien etwa, deren Staatsverschuldung und Renditen der Staatsanleihen relativ hoch sind, erscheint die Budgetkonsolidierung als sinnvolle Strategie. Weniger verständlich sind die Sparmaßnahmen in Ländern wie Polen und vor allem Tschechien, wo die realen Zinssätze niedrig bzw. sogar negativ sind und die Lage der öffentlichen Finanzen kaum Anlass zur Sorge gibt.

Staat reagiert auf Konjunkturlaute passiv oder sogar prozyklisch

Eine expansive Budgetpolitik betreiben nur die östlichen Nachbarländer der EU und die Türkei.

Übersicht 3: Finanzierungssaldo und Bruttostaatsverschuldung

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In % des BIP						In % des BIP					
10 neue EU-Länder												
Bulgarien	- 3,1	- 2,0	- 1,0	- 1,5	- 1,5	- 2,0	16,2	16,3	17,0	18,0	18,0	19,0
Tschechien	- 4,8	- 3,2	- 4,4	- 3,3	- 3,1	- 3,0	37,8	40,8	45,5	47,5	49,0	50,0
Estland	0,2	1,2	- 1,2	- 0,8	0,0	0,5	6,7	6,1	10,5	11,0	10,5	9,0
Lettland	- 8,1	- 3,4	- 1,4	- 1,4	- 0,8	0,0	44,5	42,2	41,0	38,0	36,0	34,0
Litauen	- 7,2	- 5,5	- 2,8	- 2,3	- 2,0	- 2,0	37,9	38,5	40,5	39,5	38,0	36,0
Ungarn ¹⁾	- 4,5	4,3	- 2,8	- 3,0	- 3,0	- 3,0	81,8	81,4	78,5	79,0	79,0	78,0
Polen	- 7,9	- 5,0	- 3,9	- 3,6	- 3,3	- 3,0	54,8	56,4	55,6	56,2	57,0	58,0
Rumänien	- 6,8	- 5,7	- 2,8	- 2,8	- 2,8	- 2,8	30,5	33,4	36,0	36,0	37,0	37,0
Slowenien ²⁾	- 5,7	- 6,4	- 4,0	- 5,0	- 4,0	- 3,5	38,6	46,9	54,0	62,0	67,0	70,0
Slowakei	- 7,7	- 5,1	- 4,3	- 3,5	- 3,0	- 2,5	41,0	43,3	52,2	54,8	56,5	56,2
EU-Beitrittskandidatenländer												
Montenegro	- 3,0	- 1,3	- 0,4	- 4,0	- 3,0	- 2,0	40,9	45,9	51,0	53,0	53,5	53,0
Kroatien	- 5,0	- 5,1	- 4,5	- 4,0	- 3,5	- 3,0	42,2	46,7	53,0	56,6	60,6	63,0
Mazedonien	- 2,4	- 2,5	- 3,8	- 1,0	- 1,0	- 1,0	34,8	35,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Türkei	- 2,7	- 1,9	- 2,3	- 2,5	- 2,6	- 2,5	42,4	39,2	36,8	36,0	35,5	35,2
Potentielle EU-Beitrittskandidatenländer												
Bosnien und Herzegowina	- 2,5	- 1,3	- 3,0	- 2,5	- 2,5	- 2,0	39,6	40,7	43,1	43,0	44,0	45,0
Albanien	- 3,1	- 3,5	- 3,4	- 8,0	- 6,0	- 3,0	58,2	58,0	59,4	63,7	65,1	64,9
Serbien	- 4,7	- 5,0	- 6,4	- 4,0	- 4,0	- 3,0	44,5	49,0	58,9	65,0	65,0	65,0
Kasachstan ³⁾	- 2,4	- 2,1	- 3,0	- 2,0	- 2,0	- 1,5	14,4	11,8	12,7	14,0	15,0	16,0
Russland	- 3,4	1,5	0,4	0,0	- 1,0	- 1,5	8,4	9,0	9,4	7,0	6,0	6,0
Ukraine	- 6,0	- 1,8	- 3,6	- 3,5	- 3,0	- 2,5	39,9	36,3	36,8	37,5	36,0	35,0

Q: Nationale Statistiken, Eurostat. 2012: vorläufige Zahlen, 2013/2015: Prognose des wiw. – 1) Der Budgetüberschuss 2011 ist ausschließlich auf den einmaligen Effekt der Verstaatlichung der privaten Pensionsfonds zurückzuführen. – 2) Prognose ohne Rekapitalisierung der Banken. – 3) Ohne Berücksichtigung von Staatseinnahmen aus Energieexporten, die größtenteils in den Stabilisierungsfonds fließen.

Übersicht 4: Konsum und Investitionen

	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Bruttoanlageinvestitionen					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
10 neue EU-Länder												
Bulgarien	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,7	- 2,5	+ 6,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 3,7	+ 5,5
Tschechien	+ 0,0	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 4,0	- 18,3	- 6,5	+ 0,8	+ 3,0	+ 5,0	+ 6,0
Estland	+ 1,0	+ 0,5	- 2,7	- 0,2	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,4	- 2,8	± 0,0	+ 2,0	+ 3,0
Lettland	- 2,4	+ 3,6	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	- 7,4	+ 25,7	+ 21,0	+ 9,0	+ 11,0	+ 12,0
Litauen	+ 2,5	+ 4,7	+ 5,5	+ 4,4	+ 4,7	+ 4,8	- 18,1	+ 27,9	+ 12,3	+ 9,0	+ 11,0	+ 13,0
Ungarn	- 4,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,5	+ 1,9	+ 18,4	- 2,4	+ 7,0	+ 10,0	+ 12,0
Polen	- 3,0	+ 0,5	- 1,4	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 9,6	- 3,6	- 3,9	- 2,0	± 0,0	+ 5,0
Rumänien	+ 3,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,0	+ 3,5	- 0,4	+ 8,5	- 0,8	- 0,5	+ 4,0	+ 6,0
Slowenien	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	- 1,8	+ 7,3	+ 5,0	+ 1,0	+ 4,0	+ 5,0
Slowakei	+ 1,4	+ 1,0	- 2,9	- 3,5	+ 0,2	+ 1,5	- 13,7	- 8,1	- 9,2	- 3,0	± 0,0	+ 2,0
EU 27	- 0,8	- 0,5	- 0,5	± 0,0	+ 1,0	+ 3,0	+ 6,5	+ 14,2	- 3,6	+ 2,0	+ 3,0	+ 4,0
Euro-Raum												
Euro-Raum	+ 1,0	+ 0,1	- 1,3	- 0,9	+ 0,7	.	- 0,4	+ 1,5	- 4,1	- 2,6	+ 2,3	.
EU 27	+ 1,1	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	+ 1,0	.	± 0,0	+ 1,4	- 2,8	- 1,7	+ 2,6	.
EU-Beitrittskandidatenländer												
Montenegro	+ 2,0	+ 4,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	- 18,5	- 10,3	+ 2,1	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0
Kroatien	- 1,3	+ 0,2	- 3,0	- 2,0	± 0,0	+ 1,0	- 15,0	- 6,4	- 4,6	+ 1,5	+ 3,0	+ 5,0
Mazedonien	+ 1,3	+ 3,9	- 1,2	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,0	- 2,7	+ 10,0	+ 7,0	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0
Türkei	+ 6,7	+ 7,7	- 0,7	+ 3,2	+ 4,5	+ 5,0	+ 29,9	+ 18,0	- 2,5	+ 5,0	+ 9,0	+ 12,0
Potentielle EU-Beitrittskandidatenländer												
Bosnien und Herzegowina	+ 0,1	- 0,3	- 2,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	- 11,8	+ 7,0	+ 0,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 5,0
Albanien	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,0	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,0	- 7,0	+ 4,8	- 12,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 2,0
Serbien	- 2,0	- 0,6	± 0,0	± 0,0	+ 1,0	+ 1,0	- 10,0	+ 26,9	- 8,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 5,0
Kasachstan	+ 11,8	+ 10,9	+ 11,1	+ 6,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,3	+ 5,0	+ 7,0	+ 9,0
Russland	+ 5,5	+ 6,4	+ 6,6	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,8	+ 10,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 6,0
Ukraine	+ 7,1	+ 15,7	+ 11,7	+ 3,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 3,9	+ 7,1	+ 0,9	± 0,0	+ 6,0	+ 6,0

Q: Nationale Statistiken, Eurostat. 2012: vorläufige Zahlen, 2013/2015: Prognose des wiw, Euro-Raum und EU 27: Prognose der Europäischen Kommission.

Aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsaussichten, der weiteren Notwendigkeit einer Sanierung von Bank- und Unternehmensbilanzen sowie des Ausbleibens fiskalpolitischer Interventionen verloren Konsum und Investitionen in den neuen EU-Ländern und den Beitrittskandidatenländern 2012 erheblich an Dynamik. In den neuen EU-Ländern verlangsamte sich das Wachstum des Konsums der privaten Haushalte 2012 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte und das Wachstum der Bruttoanlageninvestitionen sogar um fast 6 Prozentpunkte (Übersicht 4). Die Investitionstätigkeit leidet unter der anhaltenden und teils verschärften Ungewissheit über die künftige Entwicklung und unter der mangelnden Kapazitätsauslastung in einem Umfeld schwacher Nachfrage – obwohl der Unternehmenssektor mit reichlich Liquidität ausgestattet ist. Ausnahmen sind auch hier vor allem die GUS und die baltischen Länder.

Zumindest kurzfristig ist keine nennenswerte Erholung der privaten Nachfrage in den MOSOEL zu erwarten: Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen dürften 2013 nur wenig an Kraft gewinnen. Falls die Investitionen ausgeweitet werden, wird dies vor allem aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, wobei die EU-Transfers eine immer wichtigere Rolle spielen dürften. Bereits 2012 war der markante Anstieg der Investitionen in Estland und Rumänien ausschließlich auf die umfangreichen und vor allem mit EU-Transfermitteln finanzierten Straßenbauprojekte zurückzuführen. Die Erwartung einer mittelfristigen Beschleunigung des Wachstums von Konsum und Investitionen in den MOSOEL basiert insbesondere auf den zweckoptimistischen Prognosen der Europäischen Kommission für den Euro-Raum. Die aktuelle Lage lässt hingegen jede Antriebskraft vermissen.

Seit 2009 schrumpft die Bauwirtschaft in fast allen MOSOEL. Nur in einigen Ländern der Region war zuletzt eine Stagnation oder ein leichter Anstieg der Bautätigkeit zu verzeichnen. Damit dürfte die Bauwirtschaft nach dem Tiefpunkt Ende 2009 die zweite Rezessionstalsole erreichen (Abbildung 4). Die Entwicklung der Bauwirtschaft ist ein guter Indikator für die Verfassung der heimischen Nachfrage von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat. Ähnliches gilt für die Arbeitslosenquote, welche in vielen MOSOEL seit Jahren steigt oder auf hohem (zumeist zweistelligem) Niveau stagniert (Übersicht 1).

Privater Konsum und Investitionen ohne Dynamik

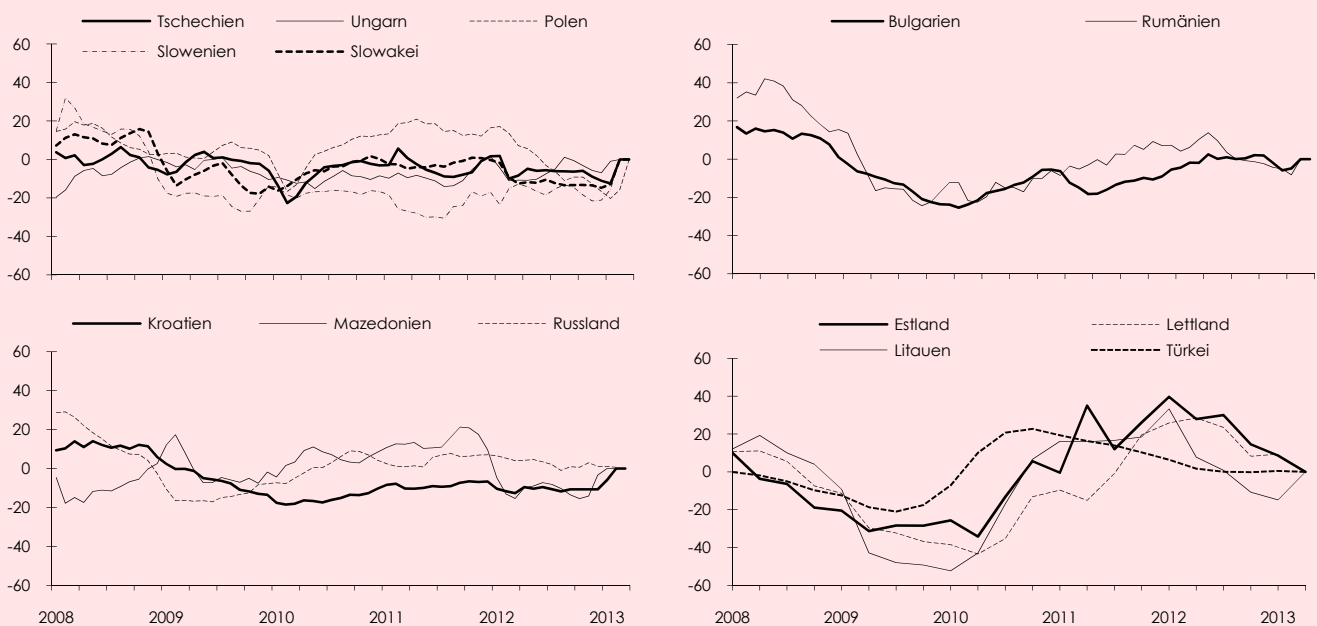
Nach der empfindlichen Einschränkung 2012 wachsen Konsum und Investitionen 2013 nur schwach oder stagnieren.

Bauwirtschaft erreicht zweite Talsole

Die Entwicklung der Bauwirtschaft dürfte in den MOSOEL die zweite Rezessionstalsole erreicht haben.

Abbildung 4: Bauwirtschaft

NACE Rev. 2, Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat. Estland, Lettland, Litauen, Türkei: Quartalsdaten.

Migration als Ausweg aus der Perspektivlosigkeit

Die Arbeitsmigration erscheint vielfach als Ausweg aus der lokalen Misere.

Das anhaltend schwache Wirtschaftswachstum, niedrige Einkommen, das Fehlen von Perspektiven und die hohe (und in vielen Fällen sogar steigende) Arbeitslosigkeit zwingen viele Menschen in den MOSOEL, Arbeit oder sonstigen Lebensunterhalt im Ausland zu suchen. Dies spiegelt sich insbesondere in den Zahlen der jüngsten Volkszählung, die in den meisten Ländern 2011 durchgeführt wurde (Übersicht 5). Der daraus resultierende statistische Bruch in den Bevölkerungszeitreihen zwischen 2010 und 2011 scheint für die baltischen Länder (Lettland und Litauen Bevölkerung –8%), Rumänien (–11%) und Albanien (–12%) besonders ausgeprägt zu sein. Ein Großteil dieses Bevölkerungseinbruches dürfte der Arbeitsmigration zuzuschreiben sein, welche oft als Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere zuhause gesehen wird.

Übersicht 5: Bevölkerung

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Jahresdurchschnitt, in 1.000 Personen					
10 neue EU-Länder ¹⁾						
Bulgarien	7.660	7.623	7.585	7.534	7.348	7.305
Tschechien	10.334	10.424	10.487	10.520	10.496	10.509
Estland	1.342	1.341	1.340	1.340	1.295	1.290
Lettland	2.276	2.266	2.255	2.239	2.058	2.035
Litauen	3.376	3.358	3.339	3.287	3.029	2.994
Ungarn	10.056	10.038	10.023	10.000	9.945	9.919
Polen	38.121	38.126	38.152	38.184	38.534	38.560
Rumänien	21.547	21.514	21.480	21.438	19.070	19.000
Slowenien	2.018	2.021	2.040	2.049	2.053	2.056
Slowakei	5.397	5.407	5.419	5.430	5.398	5.410
EU-Beitrittskandidatenländer						
Montenegro ²⁾	626	629	632	619	620	621
Kroatien ¹⁾	4.436	4.435	4.429	4.418	4.281	4.267
Mazedonien	2.044	2.047	2.051	2.055	2.059	2.065
Türkei	70.215	71.095	72.050	73.003	73.950	74.885
Potentielle EU-Beitrittskandidatenländer						
Bosnien und Herzegowina	3.843	3.842	3.843	3.843	3.840	3.843
Albanien ¹⁾	3.161	3.182	3.194	3.210	2.814	2.820
Serbien ¹⁾	7.382	7.350	7.321	7.291	7.160	7.130
Kasachstan ³⁾						
Russland ⁴⁾	15.484	15.674	16.093	16.323	16.559	16.794
Russland ⁴⁾	142.806	142.743	142.797	142.861	142.961	143.202
Ukraine	46.509	46.258	46.053	45.871	45.706	45.593

Q: Nationale Statistiken, Eurostat. 2012: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Ab 2011 laut Volkszählung 2011. – ²⁾ Ab 2010 laut Volkszählung 2011. – ³⁾ Ab 2009 laut Volkszählung 2009. – ⁴⁾ Laut Volkszählung 2010.

Auch mittelfristig kaum Verbesserung in Sicht

Eine deutliche Wachstumsbeschleunigung ist in den meisten MOSOEL nicht zu erwarten; sie hängt entscheidend von einer Erholung im Euro-Raum ab, die angesichts der Sparpolitik wenig wahrscheinlich erscheint.

Die kurzfristigen Prognosen für die MOSOEL-Region sind generell wenig optimistisch. 2013 wird zwar in mehreren Ländern mit einer schwachen Erholung der Wirtschaftsleistung gerechnet, sodass die meisten MOSOEL heuer aus der Rezession finden dürften (Übersicht 1). Dies basiert zum Teil auf der Erwartung einer Lockerung der Fiskalpolitik vor den Wahlen (Tschechien und eventuell Ungarn) oder besserer Ergebnissen in der Landwirtschaft (vor allem in Serbien und Rumänien, wo der Sektor großes Gewicht hat und die Ernte 2012 außerordentlich niedrig war). Außerdem werden in Serbien mehrere große Infrastrukturprojekte im Straßen- und Eisenbahnbau begonnen, die durch bilaterale Darlehen von Russland und China finanziert werden. In Polen hingegen wird sich das Wachstum 2013 aufgrund der Investitionsschwäche verlangsamen, während in der Slowakei der beeindruckende Aufschwung der Autoproduktion vom Vorjahr kaum wiederholt werden kann. Lediglich Slowenien und Kroatien werden heuer eine neuerliche Rezession durchlaufen, obwohl Kroatien vom Zufluss von EU-Mitteln nach dem EU-Beitritt im Juli 2013 etwas profitieren dürfte.

Besser sind die Aussichten für die baltischen Länder, Russland, Kasachstan und die Türkei, deren Wirtschaft weniger mit dem von der Krise belasteten Euro-Raum verflochten ist und für die eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geringe Dringlichkeit hat. Im Falle der Türkei wird außerdem mit einer geldpolitischen Lockerung nach der erfolgreichen Stabilisierung im Jahr 2012 gerechnet. In der Ukraine hängen allerdings die wirtschaftlichen Aussichten von einer zeitgerechten und "kontrollierten"

Abwertung ab, die dringend erforderlich ist, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen.

Eine deutliche Wachstumsbeschleunigung ist in den meisten MOSOEL nicht vor 2014 zu erwarten. Sie hängt entscheidend von einer Erholung im Euro-Raum ab, die wenig wahrscheinlich erscheint, falls die Sparpolitik nicht gelockert wird. Sogar in einem optimistischen Szenario werden die MOSOEL mittel- und langfristig kaum jene Wachstumsraten erreichen, die sie vor der Wirtschaftskrise verzeichneten. In den neuen EU-Ländern ist dies vor allem auf ein Abflauen der Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen und sonstigem Kapital aus der EU 15 zurückzuführen, durch die das Wirtschaftswachstum weitgehend getragen wurde. In den GUS-Ländern bestehen nach wie vor gravierende Strukturprobleme, die sich in einer einseitigen Spezialisierung auf Rohstoffe bzw. Metalle manifestieren. Die Lösung dieser Probleme würde eine gezielte Industriepolitik des Staates erfordern; angesichts der ineffizienten staatlichen Bürokratie und weitverbreiteten Korruption sind allerdings einer solchen Politik Grenzen gesetzt. Anlass zur Sorge geben insbesondere die Aussichten für die Länder des Westbalkans, vor allem aufgrund der relativ schwachen Industriekapazitäten. Die hohe Arbeitslosigkeit könnte zudem die fragile soziale und politische Stabilität gefährden.

Central, East and Southeast Europe Caught by the EU Crisis – Summary

On the whole, 2012 was a disappointing year for the economies of Central, East and Southeast Europe (CESEE), confirming fears of a double-dip recession in the euro area adversely impacting large parts of the CESEE region. This rather poor performance stands in sharp contrast to the better dynamics in other emerging markets in Asia and Latin America, and underscores the dependence of large parts of the CESEE region on the troubled euro area – not least in terms of policies pursued. Weak exports and suppressed domestic demand pushed nearly half of the CESEE economies into recession in 2012, including the Czech Republic, Hungary, Slovenia and nearly all Western Balkan countries. Elsewhere in the region, growth continued but was generally unspectacular. Also in countries that hitherto had been relatively immune to the euro area crisis (such as Russia, Poland, Ukraine and Turkey), growth dynamics has been progressively decelerating since the second half of 2012. The weakness of domestic demand in most CESEEs is partly attributed to the anaemic credit dynamics, as western banks, which dominate the banking sector of most CESEEs, are reducing their local exposure, not least in order to comply with the stricter Basel III capital adequacy requirements. In addition, the newly adopted EU fiscal pact is forcing many CESEE governments to pursue budget consolidations. High unemployment and stagnant wages, coupled with fiscal austerity and the ongoing household deleveraging, continue to weigh heavily on the dynamics of private consumption in most CESEE countries. In turn, investment activity is suppressed by the lasting perception of uncertain future prospects and underutilised capacities in an environment characterised by weak demand.

This year, economic growth in the CESEEs is likely to pick up slightly – largely on account of somewhat less restrictive fiscal policies in some countries (Poland, Czech Republic) and a better performance of agriculture in others (Serbia, Romania), although Slovenia and Croatia will still be unable to avoid another recession. The near-term economic prospects are generally better in the eastern part of the CESEE region, which is less dependent on the troubled euro area and is in no rush (or need) to pursue fiscal consolidation. Even under the most optimistic scenario, in the medium and long term the CESEE countries will be generally unable to replicate the growth rates observed prior to the 2008-09 crisis.